

DAS EPOCHENJAHR 1933 IN OSTMITTELEUROPA*

Von Ferdinand Seibt

Gedenkjahre sind eigentlich keine Einrichtung des Historikers, aber er fügt sich ihrer Publizität. Im fünfzigjährigen Rückblick auf das Jahr 1933 ergaben sich alle möglichen Gesichtspunkte für ein solches Gedenken, und im einjährigen Rückblick auf die Arbeit der kommunikativen Medien 1983 wird man wohl zu dem Fazit finden, daß dieses Gedenkjahr viel mehr der interessierten Öffentlichkeit zu vermitteln gehabt habe als dem Fachinteressenten. Es wurde wiederholt, es wurde summiert, es wurde ausgeschöpft und dargestellt, aus der stattlichen Reihe der Hitler-Biographien ebenso wie aus neuesten Feldstudien.

Bei aller Vielfalt der einzelnen Betrachtungspunkte für Ursachen und Folgen des Jahres 1933 blieb, zumindest aus deutscher Perspektive, das östliche Mitteleuropa beiseite. Gerade in dieser Himmelsrichtung aber sollte sich kein weißer Fleck in der historischen Umschau auftun. Denn dieses östliche Mitteleuropa war bereits die Sorgenzone der internationalen Politik vor 1918, danach Objekt der gründlichsten Reform der politischen Landkarte, Objekt aber auch für politische Erwartungen und Ängste. Ging es doch in diesem Raum nicht nur um das Selbstbestimmungsrecht der Völker und nicht nur um die Reorganisation einer politischen Vielfalt, die dem russischen, dem österreichischen und dem deutschen Imperium einverleibt worden war und nun wieder zu staatlicher Unabhängigkeit erweckt werden sollte, sondern auch um die Errichtung eines „Cordon sanitaire“, um das westliche Europa vom revolutionären Rußland abzuschirmen, um die Warnung vor einer „Balkanisierung Europas“, um die Angst vor der Destabilisierung des europäischen Gleichgewichts durch ein „Zwischeneuropa von der Ostsee bis zur Adria“.

Die ersten Nachkriegsjahre bestätigten solche Ängste durchaus nicht; die neuen Republiken erwiesen sich stabil nach innen wie nach außen, trotz der Bedrohung der Tschechoslowakei durch die ungarische Räteregierung und trotz des Angriffs auf Polen durch die russischen Sowjets. Aber die Barriere der Friedensschlüsse wurde doch in der Folgezeit zur Handlungsschwelle für Diplomatie. Dem „Westlocarno“ fehlte schließlich ein „Ostlocarno“. Und am Ende der zwei Jahrzehnte zwischen den beiden Kriegen setzte Hitlers Aggressionspolitik auch gerade im östlichen Mitteleuropa zum Kampf um die Hegemonie in Europa an. Damit begann ein Prozeß, der Ostmitteleuropa zum besonderen Leidtragenden der europäischen Katastrophe machte: durch Menschenverluste, durch einen gesellschaftlichen Umbruch von säkularer Tragweite, durch den Verlust der politischen Entscheidungsfreiheit und schließlich durch die Eingliederung in ein Satellitensystem.

* Einleitung des Moderators der vom Collegium Carolinum am 24. und 25. Oktober 1983 in der Carl Friedrich von Siemens Stiftung veranstalteten Vortragsreihe.

Ihren Ausgang nahm diese Destabilisierung Ostmitteleuropas sicherlich 1933 mit Hitlers sogenannter Machtergreifung. Unsere Beiträge können die Entwicklung in dem folgenden Jahrzehnt natürlich nicht einmal als Skizze umschreiben. Immerhin sollen einzelne Sektoren von Sachkennern angeschnitten werden: Die Veränderungen in der deutschen Diplomatie, die den Wandel von der Weimarer Außenpolitik des guten Willens bis zur geplanten Aggression markieren; die polnische sowie die tschechoslowakische Situation in einzelnen Analysen. Zu guter Letzt aber auch noch der Versuch, das Wachstum einer besonderen und oft mißdeuteten, freilich auch nach ihrer Eigenart solchen Mißdeutungen besonders preisgegeben politischen Mentalität innerhalb der größten deutschen Minderheit in diesem Raum, bei den Sudetendeutschen, zu untersuchen.

Die Beschuldigung der Sudetendeutschen als „fünfte Kolonne“ Hitlers in der Tschechoslowakei nach einem Ondit aus dem spanischen Bürgerkrieg gehört in die Pressewelt der fünfziger Jahre. Die Frage nach Schuld und Kollaboration seit 1945 griff sie leider allzu leichtfertig auf, so daß sie seitdem auch auf den Schreibtisch des Historikers geriet. Neuere Arbeiten haben wiederholt die Ent- und die Verwicklungen zu erläutern versucht, mit denen die parteipolitischen Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen belastet waren. Sie umrissen, wenn auch nicht erschöpfend, die Bemühungen deutscherseits um ein positives Verhältnis, ja um Kooperation im neuen Staat, die seit 1926 als „Aktivismus“ in die parlamentarische Geschichte der Tschechoslowakei eingingen. Sie zeigten aber auch den Einfluß der „Negativisten“, begrifflich den Aktivisten nicht geradewegs entgegengesetzt und auch in diesem Sinne sehr aktiv aus dem Staatsganzen strebend. Anfangs durch Ablehnung, später, mit gedanklichen Wandlungen und mit Personalwechsel, in abgestufter Verbindung zu Hitlers Außenpolitik. Das alles erscheint heute wenigstens klarer als vor zwanzig Jahren, wenn auch noch nicht außer jeder Diskussion. Der Mentalitätswandel, der sich währenddessen entwickelte und im Verlauf derselben zwei Jahrzehnte aus den Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien eine „sudetendeutsche Volksgruppe“ werden ließ, die schließlich mit erdrückender Mehrheit ihre politische Zukunft nur mehr im „Anschluß“, d. h. in der Zustimmung zu Hitlers Außenpolitik, sah und dafür den Wandel von einer parlamentarischen Demokratie zum „Führerstaat“ in Kauf nahm, ist gewiß erst nur ungenügend erforscht und im summarischen Geschichtsbild kaum vor Pauschalurteilen sicher. Diese Entwicklung wird wohl auch nicht hinreichend zu erklären sein, ohne die Eigenart des Nationalbewußtseins bei allen Völkern des östlichen Mitteleuropa mit ihrer Neigung zum Kollektivismus aus letztlich romantischer Philosophie bis hin zu gewissen antiindividualistischen Konzepten für die moderne staatliche Organisationsstruktur gehörig zu berücksichtigen. Hier fand das „Führungsdenken“, hier fand auch die Vorstellung vom „Volkskörper“ besondere Nahrung. Wie weit die Disposition zu einem solchen Kollektivismus im Gegensatz zum westlichen individualistischen Organisationsprinzip reichte, hatte Eugen Lemberg als besonderer Kenner des Nationalbewußtseins gerade im östlichen Mitteleuropa mehrfach erläutert. Die detaillierte Umschau bei Deutschen, Tschechen und Polen wird die Forschung wohl noch länger beschäftigen. Hier erschien eine Umschau zum Verständnis der sudetendeutschen Einigungsbewegung jedenfalls für den gesamten Entwicklungsprozeß unerlässlich, gerade im Hin-

blick auf die epochale Bedeutung der nationalsozialistischen Ära auch für die böhmischen Länder.

Gedenkjahre sind im allgemeinen dem gebildeten Publikum zgedacht. Die besondere Bedeutung des Jahres 1933 für das östliche Mitteleuropa als der eigentlichen Bühne für Hitlers Expansionspläne, als dem Ausgangsraum jener Katastrophe schließlich, die letztlich das klassische Europa verschlang, sollte mit unseren vier Studien in Erinnerung gerufen werden.